



Gesamtschau statt Flickwerk

Referat von Christian Levrat, Ständerat FR, Präsident der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Ein erfolgreiches Jahr

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten legen zu – und das von vielen weitgehend unbemerkt. Seit den National- und Ständeratswahlen vor einem Jahr, fanden kantonale Wahlen in Freiburg, in der Waadt, in St. Gallen, Schaffhausen, im Aargau und in Basel Stadt statt. Ausser im Aargau ist es uns gelungen, in all diesen Wahlen zuzulegen. Und letztes Wochenende, in der Stadt Bern, haben wir unsere linke Mehrheit in der Exekutive erfolgreich verteidigen können. Mit einem beeindruckenden Ergebnis unseres Genossen Alexander Tschäppät. Er hat bei der Stadtpräsidentenwahl 70% der Stimmen erhalten. FDP und SVP haben es gemeinsam auf knapp 30% gebracht.

Ein erfolgreiches Jahr geht zu Ende, und ich möchte euch danken. Für die Arbeit, die ihr Tag für Tag im Dienste der Partei erbracht habt. Für die Stunden, die ihr bei der Sammlung von Unterschriften, etwa für die Erbschaftssteuerinitiative, geopfert habt. Für das Engagement und die Fairness, mit welcher politisch umstrittene Diskussionen, etwa unsere Migrationspolitik, intern geführt werden. Für den Mut, den alle Kandidierenden, auf Gemeinde, Kantons- und Bundesebene bewiesen haben.

Wenn es der Partei seit den Wahlen wieder besser geht, verdanken wir das euch. Euch allen. Wenn wir letztes Jahr die erfolgreichste Bundesratspartei bei Volksabstimmungen waren, ist auch das euer Verdienst. Es ist uns gelungen, bei der Zweitwohnungsinitiative zu siegen, bei den drei Initiativen des Hauseigentümerversands die Vernunft walten zu lassen, bei der SVP-Initiative „Staatsverträge vor das Volk“ unsere demokratischen Grundsätze zu verteidigen und bei der Managed Care-Vorlage die Interessen der Patientinnen und Patienten wirksam zu vertreten.

Darüber hinaus wird es jeden Tag klarer, dass wir mit unseren Forderungen und Positionen zum Bankgeheimnis durchkommen werden. Die Fronten bewegen sich: der Bundesrat wird in den kommenden Wochen Fatca zur Ratifizierung vorlegen. Damit anerkennt er – vorerst gegenüber den USA – dass der automatische Informationsaustausch zum internationalen Standard wird. Die OECD entwickelt sich in diese Richtung und die Ablehnung des Abgeltungssteuer-Abkommens in Deutschland wird diese Entwicklung noch beschleunigen. Was die Bankeninitiative von 1978 verlangte, wird nun realisiert. Was damals als Nestbeschmutzung gebrandmarkt wurde, gilt heute als Zukunftsstrategie für den Finanzplatz. Leider zu spät. Leider aus der Defensive, statt aus eigenem Antrieb proaktiv, statt aus einer Position der Stärke. Leider auf Kosten der Bankenmitarbeitenden, die einen grossen Preis für die Blindheit und Unfähigkeit ihres Managements zahlen müssen.

Wir fordern Frau Widmer Schlumpf auf, wir fordern den Bundesrat auf: handelt, verhandelt, bevor es zu spät wird. Mit der Unterstützung der Anerkennung von Palästina als Beobachterstaat in der UNO habt ihr bewiesen, liebe Bundesräte, dass ihr mutig sein könnt.

Zeigt die gleiche Weitsicht mit dem Bankgeheimnis. Die Zeiten des Schwarzgeldes sind vorbei. Die Rückzugsgefechte der Bankiervereinigung kosten uns Zehntausende von Arbeitsplätzen. Der Bundesrat muss mit der EU die Einführung eines automatischen Informationsaustausches verhandeln. Er muss sicherstellen, dass wir Steuerkriminelle wie andere Kriminellen behandeln und sie nicht wie bisher als vermeintlich treue Kunden hätscheln. In der Schweiz und im Ausland geht Steuerhinterziehung immer nur auf Kosten der ehrlichen Steuerzahlenden. Es ist Aufgabe der SP genau diesen zahlreichen ehrlichen Bürgerinnen und Bürgern zur Seite zu stehen. Und lasst es mich unmissverständlich sagen: Es ist auch unsere Aufgabe die Heuchelei unserer politischen Gegner publik zu machen. Heuchelei! Ja – oder wie sonst nennt man jemanden, der immer einen harten Kurs gegen Kriminelle fährt, ausser bei Steuerkriminellen, die bei uns immer noch mit Handschuhen angefasst werden. Dafür gibt es nur ein Wort: Heuchelei. Beispielsweise dann, wenn eine Partei konsequent für den Stopp der Zuwanderung kämpft, ausser bei reichen Ausländern, die mit noch nie da gewesenen Steuerprivilegien angelockt werden sollen. Der Fusstritt nach unten, der Bückling nach oben.

Es braucht mehr Verteilungsgerechtigkeit

Genossinnen und Genossen,

Wir müssen diesen Kräften widerstehen. Mit unserem ganzen Elan, mit unserem Engagement, mit unserem Herzen und mit unserem Sachverstand. Wir dürfen den Kampf mit ihnen nicht scheuen. Nicht in der Wirtschaftspolitik, nicht bei der Verteilungsfrage und auch nicht in der Migrationspolitik. Mit Projekt um Projekt, zu einer Gesellschaft für alle und statt für wenige. Eine Schweiz, wo alle am Wohlstand teilhaben, und nicht eine Schweiz der wenigen Superreichen. Eine demokratische, offene Gesellschaft, vernetzt mit Europa und der Welt, und nicht eine Insel der Trittbrettfahrer, die sich verbarrikadiert.

Bei der Verteilungsfrage stehen uns wichtige Auseinandersetzungen bevor. Gegen die Abzockerei, für eine gerechtere Umverteilung des Wachstums und des Wohlstandes: Mit der Minder-Initiative können wir ein erstes Zeichen gegen die Bonzen unserer Wirtschaft setzen, mit der 1:12-Initiative werden wir die für Vasella und Co. unangenehme Frage stellen: wie kann jemand rechtfertigen, mehr als zwölf Mal mehr zu verdienen als die grosse Mehrheit seiner Arbeitskollegen? Es ist nicht zu rechtfertigen. Wir geben den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, dies endlich zu ändern. Mit der Mindestlohn-Initiative und mit der 1:12 -Initiative kann dieser Missstand behoben werden. Mit der Erbschaftssteuer-Initiative muss es uns ausserdem gelingen, die erneute Feudalisierung der Schweizer Gesellschaft zu stoppen. Um es in der Sprache der Occupy-Bewegung zu sagen: „Wir sind die 99%“. Es ist unsere Aufgabe, für die überwältigende Mehrheit zu kämpfen, weil die Bürgerlichen immer vor allem die Interessen des einen Prozents an der Spitze der Gesellschaft vor Augen haben. Und mit der Pauschalbesteuerungsinitiative werden wir eine der grössten Ungerechtigkeiten in unserem Steuersystem abschaffen. Und schliesslich wird die Aufhebung des Steuerhinterziehungsgeheimnisses dazu beitragen, dass alle wirklich ihren Anteil bezahlen.

Diese Initiativen sind ein kohärentes Gebilde. Wir nehmen den Kampf mit der neoliberalen Gesellschaft dort auf, wo sie am schwächsten ist: bei der Verteilungsfrage. Die Bevölkerung hat die Abzockerei satt. Sie ist nicht mehr bereit, Millionenlöhne zu akzeptieren. Sie ist

besorgt wegen der Vermögenskonzentration in den Händen einiger weniger. Und sie verlangt, dass Steuern gerecht erhoben werden. Mit unseren Initiativen bilden wir ein klar verständliches Gegenprojekt zum neoliberalen Klassenkampf von oben. Wir machen das, was politische Parteien tun müssen: wir kämpfen Projekt um Projekt, für eine Gesellschaft die unseren Vorstellungen entspricht.

Für eine Offensive in der Migrationspolitik

Genossinnen und Genossen,

Wir sind nicht überall soweit. Trotz unserer Arbeit am Thema Migration - zuletzt am Parteitag in Lugano - ist es nicht so, dass wir ohne weiteres in die Offensive gehen können.

In der Frage der Personenfreizügigkeit indes schon: wir verlangen einen Ausbau der flankierenden Massnahmen. Auf dem Arbeitsmarkt, in der Wohnungsfrage, bei den öffentlichen Infrastrukturen oder im Bildungswesen. Sonst werden wir die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien nicht unterstützen. Das muss allen klar sein, damit nachher niemand sagen kann, das hätten wir nie so klar kommuniziert: Wir machen nur mit, wenn wir den Leute zusichern können, dass alle und nicht nur ein paar wenige von der Personenfreizügigkeit profitieren können. Und das beginnt offenbar Wirkung zu zeigen: Die Bekämpfung der Scheinselbständigkeit, die Einführung einer Solidarhaftung, Milliardeninvestitionen im Bahnbereich, erste Lebenszeichen im SECO im Bereich sozialer Wohnungsbau und Schwarzarbeitsbekämpfung. Diese Strategie ist erfolgreich, sie ist mehrheitsfähig und wir werden sie mit der nötigen Entschlossenheit und Konsequenz weiterführen.

Schwieriger ist es hingegen im Asylbereich. Es wird um Referenden gestritten, verschiedene Initiativprojekte werden noch diskutiert, eine kohärente Strategie, wie wir die Stimmung in der Bevölkerung umdrehen können, fehlt noch weitgehend. In der Schweiz genauso wie leider auch bei den meisten unserer Schwesterparteien in Europa. Es ist ein schwacher Trost.

Wir werden gleich festlegen, ob wir das Referendum gegen den auf drei Jahre befristeten dringlichen Bundesbeschluss ergreifen wollen. Ihr habt gesehen: die Geschäftsleitung hat darauf verzichtet, einen Antrag auf Unterstützung dieses Referendums zu stellen. Das hat einige bissige Reaktionen aus unseren Reihen provoziert. Ich teile die Kritik an der Abschaffung des Botschaftsasyls. Es ist nämlich ein Mittel um zu sichern, dass wirklich Verfolgte ihren Weg in die Schweiz und in die Sicherheit finden können. Auch wenn die Schweiz dies als einziges Land in Europa praktiziert hat. Bei den Deserteuren ändert dieses Gesetz nichts. Eritreer die wegen ihrer Dienstverweigerung an Leib und Leben gefährdet sind, werden weiterhin in der Schweiz als Flüchtlinge anerkannt. Und bei der Errichtung von Spezialzentren für schwierige Asylsuchende entspricht leider die neue Regelung einer Praxis, die viele Kantone bereits eingeführt haben. Unter dem Strich ist für mich, und für die Mehrheit unserer Fraktion in Bern, die Bilanz des Asylgesetzes negativ. Wir haben es entsprechend abgelehnt. Und falls ein Referendum zustande kommen sollte, würde ich mich auch für eine Ablehnung des Gesetzes aussprechen. Nun ist aber die Frage zu stellen: ist ein Referendum das richtige Mittel um den betroffene Asylsuchenden zu helfen?

Wir meinen nein. Nächstes Jahr erwarten uns fünf Vorlagen, die alle das Potenzial für deutlich schärfere Bestimmungen als der dringliche Bundesbeschluss beinhalten könnten. Wir werden nächste Woche im Parlament über eine weitere Asylgesetzrevision abstimmen, die eine massive Reduktion der Fürsorgehilfe für Asylsuchende beinhalten könnte. Der Bundesrat kommt im Januar bereits mit dem nächsten Projekt: eine Reduktion der Verfahrensdauer, flankiert mit einem Ausbau des Rechtsschutzes für Asylsuchende. Wir stimmen nächstes Jahr auch über eine Revision des Einbürgerungsgesetz und des Integrationsgesetzes ab. Und die Masseneinwanderungsinitiative kommt zur Urne. Von der Ecopop-Initiative und den neuen angekündigten Asyl-Initiativen der SVP gar nicht zu sprechen.

Hilft uns eine Abstimmung über den dringlichen Bundesbeschluss in diesem Umfeld? Meine Antwort ist nein, weil wir sie nicht gewinnen können. 2006, bei der letzten Asylabstimmung, haben wir zusammen mit den Hilfswerken, mit den geschlossenen Linken, und nach einer intensiven Kampagne rund 30% gemacht. Und es ging um Vorlagen, die durch Christoph Blocher vertreten wurde. Diesmal geht es um ein Projekt, das von Simonetta Sommaruga vertreten wird, bei welchen die Hilfswerke – Amnesty International, die Flüchtlingshilfe, das SAH, das Heks – ihre Unterstützung verweigern, und wo ein Teil unserer Fraktion eine andere Position vertritt. Dieses Referendum ist nicht zu gewinnen. Und eine allzu deutliche Niederlage würde uns schwächen.

Und ich meine dabei nicht die SP in der Parteienlandschaft. Da kann man wirklich geteilter Meinung sein. Eine Niederlage würde aber mit Sicherheit die Situation der Asylsuchenden im Land schwächen und zudem Tür und Tor für weitere Verschärfungen öffnen.

Genossen und Genossinnen,

Die Schlussfolgerung macht auch mir Bauchweh. Ich bin damals zur SP gekommen wegen ihrer Asylpolitik. Es gibt kaum eine Frage, die mich persönlich mehr trifft. Ich weiss aber, dass ich nicht Politik mache, um mein Gewissen zu beruhigen. Sondern um die Situation der Betroffenen in der real existierenden Welt zu verbessern. Und dies werden wir nicht mit diesem Referendum erreichen. Wir müssen offensiver sein, unsere Vorstellungen zu Diskussion stellen.

Die Hilfswerke haben ein Programm mit neun Punkten veröffentlicht: Raschere Verfahren, verbesserter Rechtsschutz, professionellere Begleitung, dezentrale und humane Unterbringung, Ausbau der Beschäftigungsmöglichkeiten, Rückkehrhilfe, Dialog und Überzeugung statt Level IV- Ausschaffungen.

Die SP Frauen und die SP Waadt gehen einen noch ambitionierteren Weg: sie schlagen vor, eine Volksinitiative zu erarbeiten und nach Verbündeten zu suchen, um sie zu verwirklichen. Das sind meines Erachtens Vorschläge, die geeignet sind, uns aus der Defensive im Asylbereich zu bringen und mit unseren eigenen Vorschlägen ein Alternativprogramm zu den bürgerlichen Abbauplänen zu liefern.

Es ist uns in der Wirtschaftspolitik gelungen, aus der Defensive zu kommen und ein kohärentes, klares Gegenmodell zu entwickeln. Es ist uns im Bereich Personenfreizügigkeit gelungen und wir müssen heute entscheiden, ob wir es auch im Asylbereich wagen wollen.

Nous n'avons pas besoin de moins, mais de plus d'Europe

Chers et Chères camarades,

Permettez- moi une dernière réflexion sur un sujet d'actualité. Les vétérans de tous bords se remémorent aujourd'hui la bataille de l'EEE en 1992, et chacun tente de faire revivre l'esprit de la campagne ayant précédé ce fameux dimanche noir du 6 décembre 1992. En mal de thèmes porteurs, l'UDC voudrait bien rejouer le grand air de l'isolationnisme, dresser romands et alémaniques les uns contre les autres. Nous replonger dans l'atmosphère délétère d'y il a vingt ans. Et pour ce faire Christoph Blocher n'hésite pas à investir plusieurs millions pour inonder la Suisse d'une propagande simpliste et hargneuse.

C'est oublier qu'en 1992, le peuple a dit NON essentiellement en raison des craintes – justifiées - qu'il entretenait à l'égard du dumping salarial et social. En conséquence, le PS et les syndicats s'engagent depuis pour que - parallèlement aux négociations bilatérales – toute ouverture comprenne des mesures d'accompagnement, notamment pour protéger le marché de l'emploi, mais aussi – plus récemment – celui du logement, la formation et les infrastructures.

C'est méconnaître également que les avancées en matière de souveraineté, démocratie directe, fédéralisme et indépendance que le rejet de l'EEE devait prétendument susciter ne se sont pas concrétisées. Bien au contraire. La Suisse est aujourd'hui bien plus intégrée à l'Union européenne que si elle avait rejoint l'EEE. Pour la santé de l'économie suisse – ancrée au cœur de l'Europe – il n'aurait pu en être autrement. La démocratie, le fédéralisme et l'indépendance sont ainsi les principales victimes de la prétendue « reprise autonome » du droit européen. Notamment parce qu'elle ne comprend pas les avantages institutionnels qu'aurait apporté une adhésion à l'EEE, à commencer par les droits de codécision. Voilà à quoi nous a conduit le succès de l'UDC en 1992 : 60% de nos lois sont directement inspirées de Bruxelles. Dans de nombreux accords, à commencer par Schengen et Dublin, nous reprenons automatiquement les évolutions juridiques décidées par d'autres à Bruxelles. Belle victoire des isolationnistes. Belle hypocrisie qui nous voit sacrifier une souveraineté partagée, mais réelle à l'illusion de la souveraineté.

La voie bilatérale a mené la Suisse dans une impasse. Aujourd'hui, la politique européenne est bloquée car il est de moins en moins possible d'accéder au marché intérieur européen sans en suivre les règles, au besoin en adaptant la législation nationale. Cela conduit à une insécurité du droit grandissante dans la mesure où la Suisse est encore plus intégrée au marché européen que bien des états membres de l'UE.

En matière de politique européenne, la Suisse retrouve donc à nouveau à la croisée des chemins. Et, pour le PS, le statu quo n'est pas une option. En revanche, quand quelques personnalités des partis du centre et des milieux économiques reconsidèrent l'adhésion de notre pays à l'EEE, ils ne font que reconnaître enfin :

- Que la voie bilatérale n'a pas remplis les espoirs placés en elle;
- Que le déblocage de la politique européenne est aujourd'hui indispensable.

Cette discussion ne doit cependant pas se limiter à l'EEE. On ne relancera pas la machine européenne en tentant de rallumer des volcans dont le feu s'est éteint, ni en rejoignant un club qui ne contient plus que la Norvège, l'Islande et le Liechtenstein. Il convient plutôt de reprendre un débat factuel et constructif sur l'intégration européenne:

- A l'instar du rapport d'intégration de 1999, il faut absolument faire lucidement le point de la situation en Suisse comme dans l'Union européenne en procédant à une analyse comparative des conséquences, pour notre pays, de la poursuite des relations actuelles (pour autant que cela soit possible), d'une adhésion à l'EEE ou directement à l'Union européenne.
- Au-delà des aspects économiques, financiers, sociaux et écologiques, cette analyse devra également approfondir les questions liées à la démocratie politique. C'est sur cette base, uniquement, que des décisions valables pourront être prises.

Pour le PS:

- Les BRICS (Brésil, Russie, Inde et Chine) ne remplaceront jamais l'UE en tant que partenaire principal. En réalité, ils rapportent autant à l'économie suisse que le seul Land allemand du Bade-Wurtemberg;
- Ce n'est pas sans raison que l'UE a décroché, cette année, le prix Nobel de la paix. Le maintien d'une Europe pacifique passe incontestablement par la poursuite de l'intégration et la Suisse doit y contribuer.

Si l'Europe devait s'effondrer en raison des égoïsmes nationalistes, des brutales politiques d'austérité générées par les problèmes liés aux dettes publiques, les conséquences – pour la Suisse – seraient incalculables

- La Suisse peut également difficilement agir isolément sur le plan mondial. Sans l'Europe, il n'est pas concevable de militer efficacement pour les droits humains, les progrès sociaux, la protection du climat, la promotion de la paix. Raison pour laquelle une contribution constructive de la Suisse en faveur d'une Europe plus sociale et globalement active est toujours plus nécessaire. Tous les pays de notre continent – la Suisse, y compris – ont aujourd'hui besoin de plus et non de moins d'Europe.

En conclusion, chers amis, chers camarades, permettez-moi de vous dire ma fierté à présider un parti qui puisse débattre, comme aujourd'hui de manière démocratique et ouverte, de questions controversées comme l'avenir de notre politique d'asile, le financement des partis politiques ou le mode de désignation des conseillers fédéraux. Lorsque je regarde l'incapacité de nos voisins français de l'UMP à ne serait-ce que désigner leur président de parti, je ne peux m'empêcher d'éprouver quelque fierté à contempler la vigueur et la correction de notre culture démocratique interne.

Bonne assemblée, bons débats, vive le Parti socialiste.